

Die angefragten fünf Bundestagskandidaten und -kandidatinnen waren alle bereit, auf die Fragen des KSR Antworten zu geben.



## Top 1 - Mobilität – Geschwindigkeitsbegrenzung – Umwelt

- Rosmarie Helbich -

Alle reden von Verbesserung der Mobilität



- \* Wie kann aus Sicht der Bundesregierung der Ländliche Raum – in Bezug auf Mobilität - aufgewertet werden?
- \* Gibt es konkrete Vorschläge wie die Mobilität auf dem Lande speziell für ältere Menschen gewährleistet werden kann?
- \* Momentan wird dies in erster Linie von Privatleuten geleistet, da der ÖPNV nicht vorhanden oder zu teuer ist.
- \* Wie stehen Sie zu der Forderung den ÖPNV kostenlos zu gestalten, auch um die Akzeptanz zu erhöhen?
- \* Gäbe es auch eine Möglichkeit ähnlich dem Vorschlag des 365,00 € Ticket pro Jahr für Stadtverkehr zusätzlich – auch etwas höher evtl. ca. 730,00 € – um größere Reisen innerhalb Deutschlands mit allen Verkehrsmöglichkeiten für Senioren, Behinderte, Schüler, Erwerbslose zu ermöglichen?
- \* Wie könnten Ruftaxis zur Abholung von Gehbehinderten finanziert werden? – Es gibt diverse Angebote und Versuche, aber wie könnte so etwas flächendeckend werden?
- \* Wie könnten Ihrer Meinung nach praktikable Konzepte aussehen?



### **Geschwindigkeitsbegrenzung - Umwelt**

Alle reden von Umwelt. CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss verringert werden. Viele Konzepte schwirren im Raum – erst recht jetzt nach der schrecklichen Katastrophe in Rheinland-Pfalz, Nordrheinwestfalen, Bayern und Sachsen. Eigentlich sollte man sich an jeden Strohhalm klammern, auch wenn es dadurch nur kleine Verbesserungen geben könnte:



- \* Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Straßen. Was halten Sie grundsätzlich von 30 kmh in Ortschaften, 80 kmh auf Landstraßen und 130 kmh auf Autobahnen?

CO<sub>2</sub> wird verringert, Geld für den Einzelnen würde gespart, Kosten durch „Schilderwald“ und Überwachung eingespart, wertvolle Rohstoffe eingespart, Sicherheit für alle Generationen erheblich erhöht, Entspannung gefördert, Unfälle verringert, damit erneut Kosten sowohl im Gesundheitswesen wie bei der Wiederbeschaffung von Fahrzeugen oder Reparaturen, Versicherungen würden entlastet und könnten Beiträge verringern. – Ganz abgesehen davon: Förderung der gegenseitigen Rücksichtnahme.

Autolobbyisten sind dagegen, weil wir ein Autoherstellerland sind! Das sind andere Länder auch! Auf der ganzen Welt darf niemand so schnell fahren wie in Deutschland. Dabei sind unsere Straßen oft viel schmaler, als anderswo und wir sind sehr dicht besiedelt, dadurch werden wir auch immer sehr rasch auf den Landstraßen ausgebremst. Das Argument, dann bräuchte man nicht die gute Entwicklung der starken Motoren, gilt nicht, denn zum Überholen ist es dann auch sicherer.

- \* Frage: Was spricht eigentlich überhaupt dagegen und wie werden Sie mitwirken, um eine solche Lösung voranzubringen?

## ! Antworten zum Thema: Mobilität – Geschwindigkeitsbegrenzung - Umwelt:

Zum Thema Mobilität wurde übereinstimmend von Roderich Kiesewetter/CDU, Leni Breymaier/SPD, Margit Stumpp/Grüne, Arian Kriesch/FDP und Tim Steckbauer/Linke gefordert, den ÖPNV bedeutend im Ländlichen Raum auszuweiten, um alle Generationen mitzunehmen und sicher zu stellen, dass Jeder, egal in welcher Lebenssituation an jeden gewünschten Ort problemlos gelangen kann.

Die Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h innerorts, 80 km/h Landstraßen und 130 km/h auf Autobahnen wurde fast überwiegend gewünscht, wobei Breymaier gerne 100 km/h auf Landstraßen beibehalten möchte und die Linke 120 km/h auf Autobahnen und innerorts 20 km/h fordert. Kiesewetter schlägt vor über moderne Verkehrsleitsysteme je nach Verkehrsaufkommen in Städten den Verkehrsfluss zu optimieren.



## Top 2 - Wohnen - Mieten - Wohnungsbau

- Ingwald Schüßler -

Wohnen ist Grundrecht. Nicht in der Verfassung verankert – aber logisch.

Die Verfassung schützt zwar die Wohnung (Art. 13), sagt aber nichts darüber, dass Wohnen ein Grundrecht sei, dass man sie zu einem vertretbaren Preis erhalten sollte oder dass man überhaupt eine Wohnung haben muss, während viele andere Dinge detailliert geregelt sind.

Die Politik jedoch sorgt auch nicht dafür, dass sich jede\*r eine Wohnung leisten kann, zu einem Preis, der nicht mehr als 30% seines Einkommens verschlingt. (Statistisches Bundesamt: über 33% vom Einkommen muss bereits für das Wohnen ausgegeben werden. Wenn man genug Phantasie hat, kann man sich leicht vorstellen, was das für jemand bedeutet mit 1000 € Rente.)

Ganz im Gegenteil, man bekommt den Eindruck, dass eher diejenigen geschützt werden, die Mieten erhalten, als diejenigen, die Mieten bezahlen müssen.

Die Renditen im Immobilienbereich sind seit 2015 um 32,47% !!! gestiegen, (Statistisches Bundesamt) während die Einkünfte der von Arbeit Lebenden im gleichen Zeitraum inflationsbereinigt nur um ca. 7,5 % gestiegen sind, wodurch sich eine Einkommensverschiebung von unten nach oben ergab. (Das stützt die Presseinformation: Die Besitzenden werden immer reicher, die nicht Besitzenden haben immer höhere Fixkosten, was deren Realeinkommen schmälert.)

Mietsteigerungen sind offensichtlich verfassungskonform, Mietbegrenzungen aber nicht. Rätselhaft, welches Verfassungsverständnis hinter politischen Entscheidungen steckt, die dies ermöglicht. In der Tagespresse und den öffentlichen Medien kann man viele Berichte über diese Entwicklung verfolgen. Nicht entnehmen kann man den Medien, wie Politik auf diese Entwicklung „entschieden“ reagiert.

Wir wollen, dass unsere parlamentarischen Vertreter\*innen die Interessen der Mehrheitsgesellschaft vertreten. Wir Senior\*innen sind Teil dieser Mehrheitsgesellschaft und die Mehrheit gehört zu den Mieter\*innen und nicht zu den Vermieter\*innen. Wobei uns klar ist, dass Immobilienbesitz auch der Altersvorsorge dient. Dies hat jedoch eine ganz andere Wertung als Immobilienbesitz zu Rendite- und Steuervermeidungszwecken.

? \* Unsere Frage nun: Welche Ideen zur Lösung dieses Problems hat die Politik?

Wir hören gerne und interessiert zu, erwarten aber auch, dass Politik uns zuhört und uns ernst nimmt, denn wir haben auch Ideen, die sicher nicht nur im Interesse von uns Senior\*innen sind.



### **Unsere Vorschläge vorab:**

- \* Der soziale Wohnungsbau sollte stärker gefördert werden.
- \* Es sollte eine staatliche Wohnungsbaubehörde eingerichtet werden, so dass dieser Bereich nicht dem freien Spiel des Marktes unterliegt und eine längere Sozialbindung ermöglicht.
- \* Es sollte eine Alternative zum Wohngeld gefunden werden, da dieser Zuschuss auch mit Steuermitteln der Mieter finanziert wird, also Zuschüsse vornehmlich den Vermietern nützen, was den Zuschuss als soziale Leistung eigentlich diffamiert.
- \* Landschaftsverbrauch durch Wohnbauförderung sollte ebenso begrenzt werden, wie das unglaublich ausufernde Bauen von autobahnnahen Auslieferungslagern mit wenig Arbeitsplatzrelevanz.
- \* Es sollten Kommissionen gebildet werden, die ortsnahe Höchstmieten vereinbaren, da es sich eigentlich verbietet, dass Wohnräume zu Renditeobjekten werden. Neoliberale Gedanken haben in diesem Bereich der Daseinsvorsorge aus unserer Sicht nichts verloren. (Im Gesundheitswesen gibt es schließlich auch verhandelte Honorarsätze für Mediziner, ohne dass der Wettbewerbsgedanke eine Rolle spielen darf!)
- \* Umlagen bei Modernisierungen sollten nur noch zu 50 % auf Mieten umgelegt werden können, da ja die Wertsteigerung dauerhaft als Kapital beim Immobilienbesitzer bleibt.
- \* Senior\*innengerechte Wohnungen in der heimischen Umgebung sollten mehr gefördert werden.
- \* Der Wechsel vom eigenen Haus in eine seniorenrechtliche Wohnung sollte erleichtert werden, um Wohnraum für Familien mit Kindern zu schaffen.
- \* Um weiteren Landschaftsverbrauch zu vermeiden, sollte kleinparzelliger Wohnungsbau vermieden werden. Es muss nicht jeder ein Eigenheim haben und den Garten dann mit Granit versiegeln. Besser wären Mehrfamilienhäuser mit anteiliger Gartenbenutzung. Individuelle Freiheiten bringen auch Verantwortung für Umwelt, Energieverbrauch und Gemeinwohl.
- \* Aktuelle Diskussion: Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung sollte 50:50 auf Mieter und Vermieter verlagert werden, da der Mieter nicht die energetische Sanierung einer Wohnung veranlassen kann.



### **Antworten zum Thema: Wohnen – Mieten – Wohnungsbau:**

Einheitlich wurde verlangt, dass der Soziale Wohnungsbau wieder Priorität gewinnt, der Fläscherverbrauch reduziert und die Durchführung von Altbau-Renovierungen barrierefrei/barrierearm gestaltet und Freiflächen besser genutzt werden. Steckbauer wünscht „Einmal Sozialwohnung – immer Sozialwohnung“. Die Mieten dürfen keinesfalls weiter steigen, andererseits werden lt. Kiesewetter enorm viel neue Wohnungen benötigt, schon allein wegen der Zuwanderung nach Deutschland. Breymaier möchte eine gesunde Mischung in den Quartieren erreichen, um der Ghettoisierung entgegenzuwirken.



---

## Top 3 - Altersarmut

---

- Ingwald Schüssler -

Leider rutschen immer mehr Menschen im dritten Lebensabschnitt in die Altersarmut.

?

- \* Was wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode konkret dafür tun, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Alter nicht zu Sozialfällen werden?

Die Mieten steigen exorbitant. Renditen von bis zu 30% in Anlageobjekten sind keine Seltenheit mehr. Mehr Wohnraum bauen allein ist im Sinne der Verantwortung für die begrenzten Ressourcen auch nicht die alleinige Lösung.

?

- \* Wie wollen Sie für mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt sorgen, um die Schere zwischen Habenden und Nichtbesitzenden nicht weiter auseinanderdriften zu lassen? Sind hohe Renditen für Wohnraum nicht unwürdig, nachdem das Wohnen eigentlich zu den Grundrechten gehört?

Die Sozialverbände monieren immer wieder, dass der Hartz-IV-Satz zu niedrig sei und auch Altersarmut befördert.

?

- \* Wann wird es mit Ihrer Hilfe endlich einen Satz geben, der europäischem Standard entspricht?

Zeitarbeit, Billiglohn und Minijobs sind einmal als Notfallhilfe für Unternehmen in Krisenzeiten genehmigt worden. Durch Lobbyarbeit von Unternehmerseite wurden die entsprechenden Gesetze verwässert und der Einsatz von Niedriglöhnern immer weiter ausgedehnt. Der Mindestlohn wird oft auch durch unlautere Tricks ausgehebelt. Dadurch müssen viele Menschen mehrere Jobs annehmen und speziell bei Minijobs leidet auch die Rentenkasse.

?

- \* Können wir damit rechnen, dass dieses Problem in der nächsten Legislaturperiode angepackt wird?

In Deutschland können Unterbrechungen während des Arbeitslebens (z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege), Tätigkeiten im Niedriglohnsektor und Selbstständigkeit dazu führen, dass Menschen weniger Geld in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und dadurch von Altersarmut bedroht sind.

?

- \* Mit welche Gegenmaßnahmen können wir hier rechnen?

Alleinerziehende Frauen sind besonders von Altersarmut gefährdet. Sie können aufgrund der Kindererziehung häufig nur wenig arbeiten, haben jedoch viele Ausgaben.

Weitere Themen sind für uns auch Grundsicherung, Mindestrente, Garantieeinkommen

?

- \* Wie stehen Sie dazu?

!

### Antwort zum Thema: Altersarmut:

Die Altersarmut ist für alle ein ganz wichtiges Thema, denn künftig werden die bisherigen Einzahlungen ins Rentensystem nicht mehr ausreichen für die kommenden Generationen (Baby-Boomer). Ursache seien vornehmlich die Niedriglöhne und die nicht versicherungspflichtigen Minijobs sowie die teilweise ungenügende Bildung. Verschiedene Modelle, diese Situation zu verbessern, sind bei den Politikern im Blick. Kriesch möchte eine Basisrente und zusätzlich eine verpflichtende gesetzliche Aktienrente, Stumpff fordert eine Grundsicherung und die Untergrenze

des Rentenniveaus von 48 %. Breymaier favorisiert die Grund- und Mütterrente, sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings und Kiesewetters Idee einer weiteren Säule des Rentensystems wäre eine Altersvorsorge von Geburt an. Steckbauer möchte alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente einbinden.



---

## Top 4 - Thema: Digitalisierung

---

- Frank Lachmund -

Der „Achte Altersbericht der Bundesregierung“ stellt mit der Digitalisierung einen gesellschaftlichen Megatrend und seine Bedeutung für die Gruppe der älteren Menschen in den Mittelpunkt. Durch die Corona-Pandemie ist die Frage, wie die Digitalisierung das Leben im Alter verändert und wie digitale Technologien das Leben im Alter verbessern können, noch wichtiger und drängender geworden als vorher. Zugang zu digitalen Angeboten und die Kompetenz zu ihrer Nutzung sind Voraussetzung für mehr Teilhabe, Lebensqualität und Sicherheit. Digitalisierung unterstützt ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

In regionalen Oberzentren wie z.B. dem Großraum Stuttgart gibt es bereits mehrere Initiativen, die an der Umsetzung dieser Aufgabe arbeiten. Im Kreis Heidenheim gibt es mehrere Initiativen und Vereine, deren Mitglieder auf ehrenamtlicher Basis ihr persönliches Wissen an Seniorinnen und Senioren weitergeben. Das sind z.B. wöchentliche Sprechstunden zur 1:1 Beratung oder Vortragsreihen für viele Interessierte.



- \* Was planen die hier anwesenden MdL an Maßnahmen, wie digitale Technologien und ein zuverlässiges, schnelles Internet dazu beitragen können, das Leben älterer Menschen im vertrauten Sozialraum zu unterstützen und ihre gesellschaftliche Teilhabe vor Ort zu stärken.
- \* Wie kann aus Ihrer Sicht die Arbeit der vielen in der digitalen Seniorenarbeit tätigen Ehrenamtlichen sowohl finanziell als auch durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen unterstützt werden?
- \* Um eine möglichst effektive Arbeit zu leisten, wäre eine Vernetzung aller ehrenamtlich in der digitalen Seniorenarbeit tätigen Ehrenamtlichen sinnvoll. Wie könnte diese Vernetzung erreicht werden?



### Antwort zum Thema Digitalisierung:

Dem KSR war die Digitalisierung auch ein wichtiges Anliegen, welches von allen übereinstimmend dahingehend beantwortet wurde, dass der Ausbau eines schnellen Netzes flächendeckend geschehen muss. Dafür möchte die Linke für den Glasfaserausbau mit 10 Mrd. € fördern. Auch die Anwendung muss geübt werden und hier spielt wiederum die Bildung eine große Rolle. Viele ehrenamtliche Helfer leisten hier bereits wertvolle Dienste. Interessant seien auch die Hilfsmittel der Künstlichen Intelligenz, welche Senioren und Behinderten große Hilfe sein können so Stumpff.



---

## Top 5 - Thema: Gesundheit und Pflege – Neues Gesetz der 24 Stunden-Pflege

---

- Elisabeth Kömm-Häfner-

Im ländlichen Raum gibt es immer weniger Arztpraxen. Gleichzeitig gibt es immer mehr ältere, immobile Menschen, die auf medizinische Unterstützung vor Ort angewiesen sind. Was kann die Bundesregierung dafür tun, dass die medizinische Versorgung auf dem Land gewährleistet wird?

Laut dem Ärzteblatt fehlten 2019 in deutschen Krankenhäusern rund 50 000 Pflegefachkräfte. Der dritte Altenpflegebarometer 2020 berichtet, dass 92% der Altenpflegeeinrichtungen BewohnerInnen ablehnen mussten, weil sie zu wenig Personal hatten.

?

- \* Mit welchen konkreten Maßnahmen lassen sich Ihrer Meinung nach junge Menschen für Pflegeberufe begeistern und
- \* wie kann es gelingen, diese in der Pflege zu halten?

Aktuell verlassen Pflegende im Altenpflegebereich ihren Beruf nach 8,4 Jahren, im Krankenhaus bleiben Pflegende durchschnittlich 13,7 Jahre.

Eine Stellschraube ist sicherlich eine bessere Bezahlung. Und da bin ich gleich bei meiner nächsten Frage. Wenn die Pflegenden besser bezahlt werden, steigen die Kosten für die BewohnerInnen und ihre Angehörigen. Die Kosten liegen bereits jetzt im Durchschnitt bei 2 000€ monatlich. Und wie hoch die Kosten im Laufe der Zeit noch steigen werden, ist nicht kalkulierbar. Deshalb plädieren verschiedene Verbände, aber auch die DAK für einen Sockel-Spitze-Tausch. Das würde die Kostensteigerungen im Rahmen der Teuerungsrate halten und die kommenden Belastungen wären planbar.

?

- \* Wie stehen Sie dazu?

Anfang des Monats hat das Bundesarbeitsgericht zu Recht geurteilt, dass Pflegekräfte, die zu Hause die Pflege übernehmen, besser bezahlt werden müssen.

?

- \* Wie kann das Gesetz umgesetzt werden, ohne dass die Belastung für die Angehörigen zu hoch wird?

!

### Antwort zu Thema Gesundheit und Pflege:

Ärzteversorgung auf dem Land muss sichergestellt werden, durch Anreize für Gemeinschaftspraxen durch die Kommunen. Alle Kandidaten/Innen sind sich einig, dass diese Aufgabe schwierig, aber lösbar wäre. – Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden, nicht nur durch bessere Bezahlung, sondern vor allem durch bessere Arbeitsbedingungen und entsprechend bessere Planbarkeit der Freizeit. Dies könnte auch den Nachwuchs motivieren, diesen Beruf zu wählen und dabei zu bleiben.

Beim Sockel-Spitze-Tausch waren sich die Parteien nicht ganz einig, einige waren dafür und einige befürchten, dass dann eine enorme Zunahme der Pflegebedürftigen in die Heime stattfinden könnte. Kiesewetters Vorschlag: Warum nicht einmal ausprobieren? Stumpp und Breymaier wünscht sich den Tausch und Kriesch lehnt den Tausch vollkommen ab. Steckbauer liebäugelt mit einer solidarischen Pflegevollversicherung, die von allen gleichmäßig erbracht werden muss. Eine finanzielle Aufbesserung der Pflege zuhause sollte aber dennoch überdacht werden. Breymaier möchte eine Bürgerversicherung anregen.



---



## Top 6 - Thema: Ehrenamt - Neue Wege

---

- Rosmarie Helbich -

Jedem ist bekannt, dass Ehrenamt eine Säule im Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft ist.

Alles ändert sich fortlaufend in unserer Gesellschaft politisch, wirtschaftlich, in den Familien, die Lebensstrukturen und Vorstellungen jedes Einzelnen und das gesellschaftliche Zusammenleben. Neue Situationen kommen hinzu wie z.B. die Baby-Boomer, Unwetterkatastrophen oder auch die Flüchtlingswellen usw.. Aber auch im Pflegebereich, bei Behinderten, in Vereinen usw. sollte sich das Ehrenamt und die freiwillige Bereitschaft ein oder mehrere Ehrenämter anzunehmen verbessern. Die Vereinsstrukturen sollten sich verändern; Vereine scheinen nicht mehr zeitgemäß zu sein!

Sehr viele Menschen sind bereit, sich ehrenamtlich zu betätigen, aber nicht mit Vereinsgeschehen, sondern bei Projekten dabei zu sein. Ein gutes Beispiel ist die spontane Bereitschaft in den jetzigen Krisengebieten sofort und ohne Vorbehalte und Rahmenbedingungen zu helfen. Vor allem junge Menschen fühlen sich im Verein nicht gut aufgehoben, deshalb die großen Nachwuchsprobleme.



- \* Welche Wege wären möglich aus Sicht der Bundespolitik?
- \* Könnten die veralteten Vereinsstrukturen nicht auch aufgelöst und in neue Bahnen gebracht werden?
- \* Könnten Sie sich vorstellen, Kommunen darin zu stärken, die Organisation und Koordination für Ehrenamtliche zu übernehmen, also Hauptamt und Ehrenamt auf gleicher Augenhöhe. Ein weiterer Punkt wäre das Annehmen von Spenden, weil diese nur für gemeinnützige Vereine nutzen können.

In dem Zusammenhang möchte ich auch auffordern, das Wort „Ehrenamt“ neu zu überdenken. Könnte der Begriff „Ehrenamt“ oder „Bürgerschaftliches Engagement“ neu formuliert werden? – Diese Begriffe werden vor allem von jungen Menschen kritisch gesehen. Eine neue Wortfindung wäre ideal!

(Unter Ehrenamt wird oft gesehen, als in früheren Jahrzehnten z.B. eine „Fabrikanten-Gattin“ eine Schiffstaufe vornahm oder eine Schule/Kindergarten einweihte, weil von der Firma Geld floss usw.)



### Antwort zu Thema Thema: Ehrenamt:

Beim Ehrenamt sind sich alle einig, dass Hauptamt und Ehrenamt gut miteinander auf Augenhöhe arbeiten sollten. – Einmal im Jahr die Personen zu ehren und zu loben reiche nicht mehr aus. Vor allem sei zwar eine Bereitschaft zum Ehrenamt festzustellen, aber nicht im Verein sondern bei Projekten. Die Nachwuchsgewinnung wurde als relativ schwierig angesehen, da die Individualität eine immer größere Rolle spielt. – Zur Unterstützung der Ehrenamtsarbeit wurde von Kiese Wetter angedacht auch wieder den Freiwilligendienst von Jugendlichen und allen Altersgruppen einzuführen. Lt. Stumpp benötigt das Gemeinnützigkeitsrecht eine Generalüberholung und Breymaier bemängelt die bürokratischen Auflagen.